

Indochina im Berichtszeitraum

Oskar Weggel

A. Vietnam

- Die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen:
Keine Wiederaufnahme der Verhandlungen

Am 6. März hatte das chinesische Außenministerium vorgeschlagen, die bis dahin in Peking laufende zweite Verhandlungsrunde wegen des totalen Stillstandes in den Verhandlungsschritten abzubrechen und die dritte Runde in Hanoi auf die "zweite Hälfte des Jahres 1980" anzusetzen (Näheres C.a., Februar 1980, 0 8a).

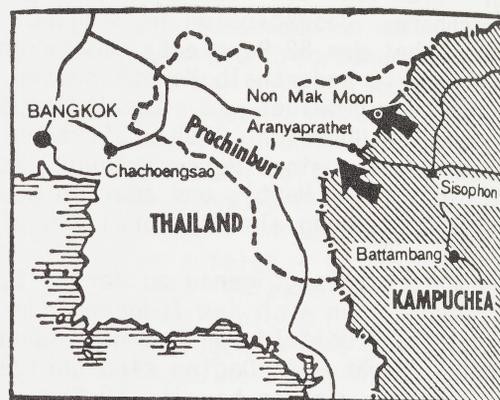
Auf diese Note berief sich nunmehr das Außenministerium Vietnams in einer Note vom 3. Juli 1980, die einer vietnamesischen Note vom Juni folgte, die ihrerseits von den Chinesen am 23. Juni zurückgewiesen worden war. In beiden Noten (16.6. und 3.7.) schlägt Vietnam vor, daß die dritte Runde der Verhandlungen auf Vizeaußenminister-Ebene am 15. Juli 1980 aufgenommen werden möge (voller Text in Radio Hanoi, SWB, 7.7.80). China habe seinerzeit die zweite Runde in Peking willkürlich abgebrochen und trage für alle neu entstandenen Spannungen die volle Verantwortung. Peking wies auch diesen zweiten Versuch Vietnams mit der Bemerkung zurück, daß es "gegenwärtig nicht sinnvoll sei", zu verhandeln, "da die vietnamesischen Behörden an ihrer feindseligen Haltung gegenüber China, ihrer militärischen Besetzung Kambodschas und ihrem regionalen Hegemonismus" festhielten. China werde "bei dem geringsten positiven Anzeichen für weitere Verhandlungen eine Regierungsdelegation nach Hanoi entsenden" (XNA, 10.7.80). Hanoi wolle mit dem Verhandlungsangebot lediglich die internationale Öffentlichkeit täuschen, die ja den Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha wünsche. Auch wolle man vietnamesischerseits die Obergriffe gegen Thailand kaschieren.

- Kämpfe an der thailändisch-kambodschanischen Grenze

Drei Tage lang, vom 23. bis 25. Juni 1980, kam es entlang der kambodschanisch-thailändischen Grenze, und zwar im Raum der thailändischen Grenzprovinzen Prachinburi, Chantaburi und Trat, zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen thailändischen Truppen auf der einen und Heng-Samrin-vietnamesischen Verbänden auf der anderen Seite. Am 23. Juni drangen zwei

vietnamesisch-kambodschanische Verbände zum Dorf Non Mak Moon vor und griffen dort das "Camp 204" - ein Lager für kambodschanische Flüchtlinge - an.

Karte



Gleichzeitig erfolgte ein Vorstoß ins Dorf Non Sao-e, südlich von Non Mak Moon. An beiden Stellen traten thailändische Truppen zum Gegenangriff an. Am 24. Juni schossen vietnamesische Verbände ein thailändisches Aufklärungsflugzeug und einen Militärhelikopter ebenfalls über dem Dorf Non Mak Moon, also über thailändischem Gebiet, ab. Am 25. Juni kam es zu abermaligen Zusammenstößen in dem Dorf Non Chan in der Provinz Prachinburi (Zusammenfassung der Ereignisse in der Thai-Botschaft an UNO-Präsident Waldheim, Radio Bangkok in SWB, 4.7.80 und 26.6.80). Nach Ankunft des thailändischen Militärsprechers stehen 6 bis 8 vietnamesische Divisionen von je 5.000 Mann entlang der Grenze zur Provinz Prachinburi, die mit sowjetischen T 54-Panzern und 130 mm-Haubitzen sowie weiteren schweren Waffen ausgerüstet sind. Im Sisonhon-Bereich seien sowjetische MiG 21-Jagdflugzeuge stationiert. Sechs vietnamesische Regimenter seien rund um den Malay-Berg (s. Karte 2), eine der Hauptfestungen der Khmer-Rouge-Truppen, angesammelt worden. Die Vietnamesen seien damit beschäftigt, Befestigungen auszubauen, und hätten eine strategische Straße gebaut, die das Dorf Nemit mit der Malay-Berggegend verbinde. Allem Anschein nach starte Vietnam erneut zu einem Großangriff gegen Khmer-Rouge- und Khmer-Serei-Verbände, die vor allem im Malay-Gebiet südlich der Grenzstadt Aranya Prathet und in der Berggegend von Phnom Chat operierten (SWB, 10.7.80).

Bei den Kämpfen am 23. und 24. Juni gab es auf thailändischer Seite 22 Tote und 7 Verwundete, einschließlich der Piloten der abgeschossenen

Helikopter und Flugzeuge. Die Feindverluste beliefen sich auf insgesamt 72 bis 75 Mann in Non Mak Moon und drei Mann in Non Sao-e. Außerdem seien drei vietnamesische Soldaten mit Marschverpflegung für mehrere Tage gefangen genommen worden.

Über die Ziele des Angriffs ist viel herumgerätselt worden. Etwas phantasievoll weist der Kommentator der Frankfurter Rundschau (26.6.80) darauf hin, daß "erster Zweck der Militäraktion anscheinend die Unterstreichung einer Hegemonialposition Vietnams in Südostasien" gewesen sei und daß Vietnam "zweitens auf die ASEAN-Staaten Druck habe ausüben wollen: Es stellt klar, daß es seine politischen Ziele mit Waffengewalt zu verfechten bereit ist, und zwar nicht nur in den drei Indochina-Staaten", sondern auch darüber hinaus.

Noch großzügiger interpretiert der bereits erwähnte Militärsprecher die Situation. Vor vier bis fünf Jahren habe Thailand von vietnamesischen Plänen erfahren, nach denen die Indochinesische Föderation nicht nur Vietnam, Laos und Kambodscha, sondern auch 15 oder 16 Provinzen im östlichen und nordöstlichen Thailand mitumfassen solle (ebenda, SWB, 10.7.80).

Die Interpretation muß hier zweifellos etwas kürzer angesetzt werden: Es ist eine auch von den Thais keineswegs bestrittene Tatsache, daß Bangkok mit einer umfangreichen Repatriierungskampagne begonnen hatte. Die Zahl der nach Kambodscha (z.T. freiwillig, z.T. auch unfreiwillig) zurückgekehrten Flüchtlinge wird selbst von Thai-Sprechern mit mindestens 100.000 angegeben (Radio Bangkok in SWB, 3.7.80). Aus der Sicht Phnom Penhs und Hanois war die Sache klar: Thailand, das aus seiner Unterstützung des Pol-Pot-Regimes bisher kaum ein Geheimnis gemacht hatte und über dessen Gebiet der Nachschub für die Guerilla-Verbände gelaufen war, war drauf und dran, Tausende von Pol-Pot-Guerilleros, die sich inzwischen wieder erholt hatten und die neu aufgerüstet worden waren, unter dem Aushängeschild der "freiwilligen Repatriierung nach Kambodscha" zurückzusenden und damit dem Hauptfeind Phnom Penhs direkte Militärhilfe zu leisten. Die "Flüchtlinge" seien streckenweise sogar von Thai-Panzern und -Truppenverbänden begleitet worden (Radio Hanoi in SWB, 15.7.80). Vietnam hat die Behauptungen, daß neben Heng-Samrin-Soldaten auch vietnamesische Truppen beteiligt waren, nicht bestritten - und angesichts der zurückgebliebenen Gefallenen auch offensichtlich nicht bestreiten können. Es macht allerdings geltend, daß es sich bei den Aktionen nur um eine Art Notwehr gehandelt habe (die Thai-Truppen hätten mit Unterstützung von Artillerie, Infanterie, Tanks und Flugzeugen die "Flüchtlinge" gegen den kambodschanisch-vietnamesischen Widerstand auf kambodschanisches Gebiet zu bringen versucht) und daß man außerdem auf thailändisches Gebiet nur "aus Versehen" geraten sei (u.a. Radio Phnom Penh, SWB, 3.7.80). Bangkok bezeichnet die Militäreskorte demgegenüber lediglich als Schutz

für die Flüchtlinge und weist darauf hin, daß die Grenze nach Thailand im Bereich des "Camp 204" höchst deutlich ausgelegt sei, so daß von einem "versehentlichen Überschreiten der Grenze" gewiß nicht die Rede sein könne (Radio Bangkok, SWB, 3.7.80). Außerdem habe es sich wirklich um Flüchtlinge gehandelt, die man doch, wenn sie es ausdrücklich wünschten, schon aus humanitären Gründen in ihre Heimat zurücklassen müsse. Warum eigentlich solle Thailand sie daran hindern? (ebenda)

Nhan Dan weist darauf hin, daß es ja kein Zufall sein könne, daß gleichzeitig mit der "freiwilligen Repatriierung" an drei Grenzschnitten (Kambodscha/Thailand, Laos/Thailand und China/Vietnam) Grenzspannungen aufgetreten seien wie seit vielen Monaten nicht mehr. Jeder Einsichtige könne deutlich erkennen, daß es sich hier um eine koordinierte Gesamtaktion gehandelt habe (SWB, 30.6.80).

Gegen den Übergriff auf thailändisches Territorium hagelte es Proteste:

- Die USA sandten eine Note an Hanoi, in der sie ihre "ernste Besorgnis" zum Ausdruck brachten (SWB, 3.7.80). Am 2. Juli wurde bekannt, daß die USA mit sofortiger Wirkung Waffen zur Luft und zur See an Thailand liefern wollten. Washington fühle sich nach wie vor an den Manila-Vertrag gebunden, der seinerzeit (1955) zur Errichtung der SEATO führte.

- Das chinesische Außenministerium wiederholte in einer Erklärung vom 26. Juni seine Unterstützungsgarantie für Thailand und forderte Hanoi auf, die "Aggression gegen Thailand unverzüglich einzustellen und sämtliche Invasionstruppen aus Kambodscha zurückzuziehen" (XNA, 26.6.80). In einem RMRB-Kommentar vom 26. Juni hieß es, daß die "vietnamesische Invasion in Thailand eine Bedrohung der Sicherheit und Stabilität Südostasiens und Asiens insgesamt darstellt. Die chinesische Staatsführung hat eindeutig erklärt: Sollte Vietnam die ASEAN-Länder angreifen, wird China auf der Seite dieser Länder stehen, und sollte Vietnam Thailand angreifen, dann wird es auf der Seite Thailands stehen. Wenn die vietnamesischen Behörden glauben, durch militärische Mittel erreichen zu können, was sie durch ihre 'friedliche Offensive' und 'Diplomatie des Lächelns' nicht erreicht haben, dann haben sie sich gehörig verrechnet".

- Bereits am 24. Juni hatte Bangkok eine Protestnote nach Hanoi gesandt (Radio Bangkok in SWB, 26.6.80).

- Das amerikanische Außenministerium forderte am 26. Juni die Regierung in Moskau auf, Hanoi von weiteren Angriffen auf Thailand zurückzuhalten.

- Am 1. Juli unterzeichnete der thailändische Außenminister eine Erklärung, daß Bangkok seinen Bann gegen die Hilfslieferungen nach Kambodscha zu Wasser, zu Lande und in der Luft wie-

der aufhebe, und zwar mit Wirkung vom 2. Juli (Bangkok Post in SWB, 3.7.80).

- Einer der schärfsten Proteste überhaupt kam von der 13. ASEAN-Außenministerkonferenz (vgl. Übersicht), die vom 25. bis 26. Juni in Kuala Lumpur stattfand. Die Konferenz verurteilte die Vorgänge und stellte sich hinter den Standpunkt der Regierung von Thailand. In einem Schlußkommuniqué forderte sie den vollständigen Abzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha und Afghanistan, und außerdem wurden in dem Kommuniqué die Anerkennung der Regierung des Demokratischen Kampuchea bekräftigt und ein Appell an die UNO-Mitgliedstaaten gerichtet, das Beglaubigungsschreiben des Demokratischen Kampuchea anzuerkennen. Das Regime in Phnom Penh könne als eine von ausländischen Besatzern eingesetzte "Regierung" nicht anerkannt werden (XNA, 25. und 26.6.80).

Bei solchen Konferenzen wird allerdings erfahrungsgemäß mehr Einigkeit zur Schau getragen, als wirklich vorhanden ist. Man spricht offiziell mit einer Stimme, geht dann aber, nach der Konferenz, wieder weitgehend seine eigenen Wege. Hanoi weiß sehr wohl, daß Indonesien die "weichste Stelle" im ASEAN-Bündnis ist, während Singapur als der eigentliche Falke auftritt - weshalb Singapurs Außenminister Rajaratnam auch offen als "Papagei Pekings" bezeichnet wird. Noch Ende Juni war Vietnams Außenminister Nguyen Co Thach in Djakarta gewesen, hatte dort allerdings doch nicht erreichen können, daß Indonesien von seiner Forderung nach Truppenabzug aus Kambodscha abgeht. Was die ASEAN-Mitglieder am meisten eint, ist das Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion. Hanois Strategie sei "eine Seite aus dem Lehrbuch des Kreml" - diese Überzeugung ist allgemein verbreitet.

Hanoi verdächtigt die ASEAN inzwischen, zu einer Ersatz-SEATO zu werden, hinter der als Drahtzieher die "US-Imperialisten" und die "chinesischen Expansionisten" stünden. Akt I: Sie lösten einseitig eine sog. "freiwillige Repatriierung von Khmer-Flüchtlingen" aus, um bewaffnete Reaktionäre an die Pol-Pot-Resttruppen zu überstellen. Akt II: Sie schrieten laut, daß Vietnam Aggression gegen Thailand verübe und ließen aus diesem Grund Waffen- und Munitionslieferungen für Thailand anlaufen, damit diese Kambodscha angreifen könnten. Akt III: Die Außenminister der fünf ASEAN-Staaten hielten in Kuala Lumpur eine Konferenz ab, an der auch Vertreter der USA, Japans, Kanadas, Australiens und Neuseelands teilnahmen. Hier werde Thailand ermuntert, noch mehr "Verbrechen gegen Kampuchea" zu begehen "und damit den Anlaß für eine gemeinsame Intervention in Kambodscha zu schaffen" (Radio Hanoi in SWB, 7.7.80).

3. Beziehungen zur Sowjetunion

Am 28. Juni reiste Parteisekretär Le Duan zu

einem Besuch in die Sowjetunion (VNA in SWB, 1.7.80). Bei seiner Abreise war das gesamte Politbüro zugegen.

Die vietnamesische Presse hob in den nächsten Tagen zahlreiche Beispiele "brüderlicher Hilfe" der Sowjetunion für Vietnam hervor:

- Vielleicht am spektakulärsten war die Mitnahme des ersten vietnamesischen Kosmonauten, Phan Toan, im Raumschiff Soyuz 37 in den Weltraum - ein Ereignis, das von den Vietnamesen als ein Teil der Feiern zum 35. Jahrestag der August-Revolution von 1945 begangen wurde (VNA in SWB, 26.7.80).

- Weltraumbezogen war auch die Errichtung einer Satelliten-Station (namens "Lotus") in der Ham Ninh-Provinz, rund 100 km südlich von Hanoi, die am 16. Juli ihrer Bestimmung übergeben wurde (VNA in SWB, 18.7.80).

- In den vergangenen Jahren habe die Sowjetunion nahezu 17.000 vietnamesische Ingenieure und Wissenschaftler ausgebildet. Die Sowjetunion habe Vietnam auch beim Aufbau des vietnamesischen Wissenschaftsinstitut-Hauptquartiers in Hanoi geholfen. An der Polytechnischen Hochschule in Hanoi, die ebenfalls mit sowjetischer Hilfe errichtet wurde, belaufe sich der in der Sowjetunion ausgebildete Lehrkörper auf 34%. Die Sowjetunion habe auch beim Aufbau der zentralen Wissenschafts- und Technik-Bibliothek mitgeholfen, die heute schon 140.000 wissenschaftliche Bücher auf Russisch (=45% aller Bücher) umfasse. Außerdem kämen dort 800 russische Magazine zusammen, das sei ein Drittel aller Bestände (Radio Hanoi, 18.7.80).

- Mit sowjetischer Hilfe seien in den vergangenen 25 Jahren ferner zahlreiche Staatsfarmen und Bewässerungseinrichtungen ausgebaut worden. Über 50% der vietnamesischen Exporte gingen in die Sowjetunion, die wiederum den Großteil der Brennstoffe, der technischen Ausrüstungen, der Nahrungs- und Konsumgüter liefere. Die Sowjetunion zeige hier wahrhaft "noblen Internationalismus" (VNA in SWB, 19.7.80). Die Sowjetunion habe vor allem bei dem Wiederaufbau der von den "chinesischen Expansionisten" zerstörten Nordprovinzen mitgeholfen (VNA in SWB, 18.7.80).

- Seit 1967 habe die Sowjetunion Berufsschulen und Trainingsinstitute errichtet, aus denen bisher 14.806 Techniker, Berufsschullehrer, Fabrikmanager und Fachleute auf allen möglichen technischen Gebieten hervorgegangen seien. Mit sowjetischer Hilfe seien acht Berufsschulen und sechs technische Lehrerbildungsanstalten errichtet worden (Radio Hanoi in SWB, 17.7.80). Die Sowjetunion wolle den Vietnamesen ferner bei der Erdölgewinnung im Meeresbereich helfen. Dagegen hat das chinesische Außenministerium mit einer Erklärung vom 21. Juli protestiert. Die Ressourcen im sog. "Kontinentalschelf Südvietsams", vor allem im Bereich der Xisha-, Nansha-, Dongsha- und Zhongsha-Inseln, seien von jeher Bestandteil des chinesischen Territo-

riums (XNA, 22.7.80).

Die chinesische Seite stellt die Frage, welchen Preis Vietnam für all diese Hilfeleistungen, die sich täglich auf 3 Mio. US\$ beliefen, leisten müsse und gibt zur Antwort, daß die Vietnamesen ihren Partnern die Cam Ranh-Bucht und den Hafen von Danang als Marinebasen haben überlassen müssen. Von beiden Häfen aus führen sowjetische Schiffe in Richtung Südchinesisches Meer, Malakkastraße und die anschließenden Gewässer. Die Schiffseinheiten beliefen sich dort bereits auf über 20. Von Danang aus operierten ebenfalls in Richtung Südchinesisches Meer - sowjetische Flugzeuge vom Typ Tu 95 (Aufklärung) und Tu 114 (Anti-U-Boot-Aufklärung). Der Operationsbereich dieser Flugzeuge reiche von einem Punkt östlich der Xisha- und Dongsha-Inseln bis nördlich der Natuna-Insel westlich der Subic-Bay und östlich der Siam-Bucht (XNA, 24.7.80 und 26.6.80).

Der Partisanensender "Stimme der Malayischen Revolution" will von einer Lieferung von fünfzig Tu 16-Bombern und rund 150 MiG-Jagdflugzeugen wissen, die Moskau an Vietnam geliefert habe. 1978 habe die Sowjetunion zwei Eskortten und 1979 deren zehn geliefert, ferner zwei konventionelle U-Boote. Die Zahl der sowjetischen Ausbilder belaufe sich auf schätzungsweise 5.000 bis 8.000. U.a. hätten die Sowjets eine Reihe von Luftwaffenbasen errichtet, so in Phnom Penh, Battambang, Siem Reap, Kompong Chang (alle Kambodscha) und in Phongsavan, Seno und anderen Plätzen in Laos. Von der vietnamesischen Küste bis zur chinesischen Grenze sei eine Kette von Radarstationen entstanden. In Vietnam, Laos und Kambodscha seien auch Sam II- und Sam III-Abschußstationen entstanden (SWB, 21.7.80).

4. Innenpolitik

a) Die Ausgabe neuer KP-Mitgliedskarten - und damit die Durchkämmung des Parteiapparats - ging auch im Berichtszeitraum weiter.

b) Sicherheitsprobleme: Zahlreich sind vietnamesische Berichte über "Unruhestifter, Rowdies und Schmuggler, die von der Militärpolizei und den lokalen Sicherheitskräften bekämpft" würden. In der Provinz Thanh Hoa sind beispielsweise Ende Juni 39 "professionelle Räuber und Diebe" festgenommen worden (Radio Hanoi in SWB, 24.7.80). Am 16. Juli verurteilte der Militärgerichtshof in der Militärzone Hanoi "Räuber", die sich als Soldaten verkleidet hatten, z.T. zum Tode, z.T. zu Gefängnisstrafen zwischen 12 und 18 Jahren (Radio Hanoi in SWB, 25.7.80). Solche Beispiele ließen sich beliebig wiederholen. Im gleichen Zusammenhang ist der Aufruf an die Armee zu sehen, für den Schutz öffentlichen Eigentums zu sorgen (Radio Hanoi in SWB, 10.7.80).

Solche Berichte lassen sich verschieden interpretieren. Die chinesische Propaganda neigt

dazu, sie als Manifestationen eines umfassenden "Widerstands" gegen die "Le Duan-Clique" zu deuten. Immer wieder ist hier von den sog. "FULRO" (manchmal auch "vietnamesische Rettungsfront" genannt) die Rede (XNA, 23.6.80), die Lastwagen des Militärs zerstörten und den Truppen Gefechte lieferten. Es gebe Berichte von Kämpfen der Buddhisten, der Christen und der Hoa Hao-Religionsanhänger, die in Zentralvietnam sich zum Aufstand erhoben hätten (SWB, 3.7.80).

Man kann die Vorfälle aber auch als Auswüchse von Korruption und "Selbstbeschaffungsmentalität" deuten, die im Zuge der angespannten wirtschaftlichen Lage Vietnams überall zutage treten.

Auf alle Fälle erging Anfang Juli eine Direktive des ZK zur "Reinigung" der Volkssicherheitskräfte, also der Polizeikräfte des Landes, die ein "wichtiges Werkzeug der Partei und des Staates bei der Ausübung der Diktatur des Proletariats" seien (Radio Hanoi in SWB, 15.7.80).

c) Am 26. Juni fand in Hanoi eine Gerichtsverhandlung gegen den 1979 nach China geflohenen Hoang Van Hoan, einen früheren Mitarbeiter Ho Chi Minhs, statt. Hoang Van Hoan war wegen seiner chinafreundlichen Einstellung vor allem mit Parteichef Le Duan in Konflikt geraten und hatte den Weg der Flucht gewählt. In China ist er seitdem zum Sprachrohr der antivietnamesischen chinesischen Propaganda geworden. Am bekanntesten wurde er durch seine ins Detail gehende Stellungnahme zum "Weißbuch" des vietnamesischen Außenministeriums, "Über die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen in den letzten dreißig Jahren", das 1979 herauskam. Hoang wurde in dem Verfahren zum Tode verurteilt. Zu dem Verfahren befragt, meinte er: "Ich habe schon lange erwartet, daß Le Duan und seine Kumpane eine 'Gerichtsverhandlung' gegen mich inszenieren werden... Als Revolutionär, der diese Leute bekämpft, kann ich keine aktive Rolle spielen, wenn ich in meinem Lande bleibe. Die einzige Alternative war, mein Land zu verlassen und die Revolution fortzusetzen. Ihr wirkliches Ziel ist es, sich selbst Mut zu machen und die Gerichtsverhandlung zu benutzen, um jene, die sie bekämpfen, einzuschüchtern und zu unterdrücken... Heute sitzen Le Duan und seine Kumpane auf einem Pulverfaß. Sie führen einen verzweifelten Kampf und wissen doch, daß das Volk sie bestrafen wird... China ist der beste Freund des vietnamesischen Volkes. In den vergangenen dreißig Jahren hat China dem vietnamesischen Volk Hilfe im Wert von Dutzenden von Milliarden US-Dollar in seinem Kampf zur Rettung der Nation gegen Frankreich und dann gegen die amerikanischen Aggressoren geleistet. Doch diese Leute kennen das Gefühl der Dankbarkeit überhaupt nicht." (XNA, 10.7.80)

5. Wirtschaft

Angesichts der Ernteergebnisse, die den Zielen

des laufenden Fünfjahresplans (1976-80) keineswegs entsprechen - und ernsthafte Ernährungsprobleme verursachen -, hat sich die Führung zu neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen entschlossen, die der Initiative bäuerlicher Einzelbetriebe, der materiellen Interessiertheit und dem Vertragssystem zumindest programmatisch weiten Spielraum lassen.

Dies geschieht in der Erkenntnis, daß die Mißernten nicht so sehr auf Kosten von Naturkatastrophen gingen, von denen Vietnam in den letzten Jahren in der Tat schwer heimgesucht wurde (erst am 23. Juli 1980 ging wieder ein schwerer Taifun über Nordvietnam hinweg und verwüstete die Provinzen Ha Nam Ninh, Ha Bac, Hai Hong und Ha Son Binh), sondern daß für die Fehlschläge hauptsächlich Organisationsfehler verantwortlich waren.

Zwei große Gegenmaßnahmen sollen nun getroffen werden:

a) Neue LPG-Politik:

Ähnlich wie in der Volksrepublik China wird in Vietnam heute von "drei Beteiligten" am Produktions- und Verteilungsprozeß gesprochen, nämlich vom Staat, den LPGs und den Individuen. Zwischen ihnen müsse es zu einer "balancierten" Teilung der Rechte und Pflichten kommen (auch in der VR China spielen "Balance", "Proportionalität" und Lösung der "Widersprüche" eine zentrale Rolle). Anders als in China ist allerdings nicht davon die Rede, daß man dem "Wertgesetz" - sprich: der Marktwirtschaft - Spielraum einräumen solle; doch läuft auch die neue vietnamesische Politik z.T. auf dasselbe hinaus.

Um die Bauern fortan zu mehr "Arbeitsenthusiasmus" anzufachen, werden eine Reihe von Garantien eingeführt, die an ihre materielle Interessiertheit appellieren. Folgende Stabilisierungs- und Garantiemaßnahmen sind vorgesehen:

- Der Staat garantiert für die Zeit von fünf Jahren gleiche Aufkaufpreise gegenüber den Landwirtschaftseinheiten; für die Zeit von fünf Jahren wird auch die von den Bauern abzuliefernde Menge fixiert.

- Garantiert wird ferner eine bestimmte Menge von Dienstleistungen von seiten der staatlichen Traktorenstationen und landwirtschaftlichen Bewässerungsstationen an die einzelnen LPGs.

- Was die Einzelbauern oder aber die LPGs über die Pflichtmenge hinaus ernten, dürfen sie entweder selbst verbrauchen oder frei verkaufen.

- Schließlich soll bei der Zuteilung von staatlichen Gütern und Diensten das Leistungsprinzip als Kriterium maßgebend sein. Ein Individuum oder ein Kollektiv, das mehr leistet, soll also nicht nur höhere Entlohnung, sondern auch eine bessere Zuteilung von Gütern erhalten (hierzu Vizepremier Li Thanh Nghi bei einer "Konferenz über fortgeschrittene und gute LPGs" in der

Hai-Hung-Provinz, Radio Hanoi in SWB, 21.7.80).

Allerdings scheint es vorerst noch bei der Ermittlung von Quoten des Ablieferungsgetreibes Schwierigkeiten zu geben. Die Quoten für die Provinzen sind von der Regierung bereits seit einiger Zeit festgesetzt. Schwieriger ist es, diese Provinzquote nun auf die einzelnen LPGs zu verteilen. Maßgebend für die Festsetzung der Menge, die ja fünf Jahre lang fixiert bleiben soll, sind die Durchschnittsergebnisse jeder Kooperative aus den vorangegangenen Jahren. Diese Festlegung wird durch die Distrikte wahrgenommen, die ja überhaupt als Schlüsselemente im landwirtschaftlichen Aufbauprozeß fungieren sollen. Die Distrikte nehmen auf der vierstufigen Administrationsleiter Vietnams (Zentrale - Provinzen - Distrikte - Dörfer und Märkte) die zweitunterste Sprosse ein.

Ablieferungsquoten und staatliche Zahlungen sollen aber nicht einfach von oben nach unten diktiert, sondern im Wege gegenseitigen Verhandels, also durch Verträge, festgelegt werden. Solche Verträge sind nicht nur zwischen Distrikten und der Provinz, sondern darüber hinaus auch zwischen Provinz und Distrikt, zwischen Distrikt und LPG sowie zwischen LPG und den einzelnen Genossen geschlossen worden. Mit ideologischen Fußangeln und auch mit Effektivitätsüberlegungen sind vor allem die zuletzt genannten Verträge, nämlich zwischen der LPG und ihren Genossen, behaftet. Hier gibt es zwei verschiedene Arten des Vertrags: Entweder werden sämtliche landwirtschaftlichen Arbeitsgänge vertraglich an die einzelnen Genossen und ihre Familien übertragen, oder aber es wird ein Teil der Arbeit (meist die Schlüsselarbeiten wie Pflügen, Bewässern, Insektenbekämpfung und Saatausbringung) dem Kollektiv, weitere Tätigkeiten aber den einzelnen Genossen überantwortet. Die erstere Methode gilt als ideologisch bedenklich und überdies als ineffektiv, während die letztere als wahrhaft sozialistisch angepriesen wird. Vor allem aber könne die LPG flexibel handeln und - je nach Arbeitsanfall - die konkreten Tätigkeiten den Produktionskollektiven (also Produktionseinheiten, Produktionsmannschaften und Produktionsgruppen) oder aber Individuen flexibel zuteilen. Stets müsse hier auf ein Gleichgewicht zwischen Kollektiv- und Individualarbeit hingewirkt werden.

Soweit also die Regelung im LPG-Rahmen.

Welche Aufgaben aber kommen nun dem Distrikt bei der Effektivierung der Landwirtschaft zu? Vier Punkte werden hier angesprochen:

- Der Distrikt hat zunächst einmal dafür zu sorgen, daß größere Aufgaben - vor allem im Infrastrukturbereich -, die über den Rahmen der einzelnen LPGs hinausgehen, flexibel erledigt werden. Die Distriktsleitung heuert also Arbeiter an, weist Produktionsmittel zu und erledigt überhaupt sämtliche Organisationsarbeiten, die nötig werden, um größere Bewässerungsprojekte,

Fischzuchtanlagen, Straßen usw. zu erstellen. Erst durch diesen Einsatz der Distriktsleitung kommt es zu einer wirklichen, über die einzelnen LPGs hinausgehenden Arbeitsteilung innerhalb des Distrikt-Rahmens.

- Ferner baut der Distrikt eine agro-industrielle Struktur auf. Prinzipiell muß zwar jede LPG für ihre eigenen Handwerker und Reparaturwerkstätten sorgen und sämtliche in ihrem Arbeitsbereich verfügbaren Ressourcen ausschöpfen. Soweit jedoch Maschinen, anfallende Reparaturen und Bewässerungsvorhaben von der betreffenden LPG nicht mehr bewältigt werden können, hat der Distrikt einzuspringen, und zwar mit seinen Traktoren- und Wasserkonservierungsstationen, mit seinen Reparaturanlagen, mit seinen Viehzuchtanstalten, Vorratslagern, Warenhäusern, Transportmitteln, Investitionsgruppen sowie notfalls auch mit seinen kulturellen, pädagogischen und hygienischen Fazilitäten. Oberste Aufgabe dieser "agro-industriellen Struktur" soll es sein, die landwirtschaftliche Produktion zu vergrößern, gleichzeitig aber auch den problematischen Widerspruch zwischen Stadt und Land sowie Industrie und Landwirtschaft auszugleichen. Der Distrikt ist es also, der die Materialien und Güter sowie die Fonds und Investitionen des Staates zu verwalten und sinnvoll zu verteilen hat, wobei das Vertragsinstrumentarium die Hauptrolle zu spielen hat.

- Der Distrikt übt schließlich auch die Führung über die LPGs aus, wobei er als Vertreter der Zentral- und Provinzregierungen auftritt. In dieser Eigenschaft entwirft er koordinierte Aktionsprogramme mit konkreten Zielen für eine bestimmte Periode. Z.Zt. soll die Landwirtschaft Vietnams landesweit ein Pro-Kopf-Produkt von 500 kg Getreide hervorbringen. An diesem Ziel muß auch die Planungstätigkeit ausgerichtet sein.

- Als Verteilungs- und Aufkaufagentur des Staates und der Provinzen gegenüber den LPGs hat der Distrikt ferner die Verteilung von staatlichen Gütern und den Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte von der LPG in Beziehung zu bringen. Diese auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufgebaute Tätigkeit erfordert Geschicklichkeit in der Verwaltung. Eine der gegenwärtig nicht leicht zu lösenden Aufgaben der Distrikte ist es daher, geeignete Kader einzusetzen und notfalls auszubilden.

b) Der Produktionserhöhung dient weiterhin eine am 1. Juli 1980 beschlossene Verordnung des Ministerrats über die Verwaltung von Grund und Boden. Die acht Kapitel sind bezeichnenderweise überschrieben mit "Vereinheitlichung der Grund- und Bodenverwaltung im ganzen Land", "Klassifizierung von Grund und Boden", "Rechte und Pflichten der Bodenbenutzer", "Registrierung von Grund und Boden", "Zuteilung und Rücknahme von Grund und Boden", "Kontrolle und Inspektion aller für Grund und Boden zuständigen Organisationen", "Regelung für den Fall von Streitigkeiten über Grund und Boden", "Belohnungen und Strafen"

(Radio Hanoi in SWB, 16.7.80). Die Gesamtzuständigkeit für Grund- und Bodenfragen wird dem "Allgemeinen Department für Grund- und Bodenverwaltung" zugesprochen, das dem Ministerrat und den Volkskomitees auf den verschiedenen Ebenen verantwortlich ist. Vier Arten von Grund und Boden werden unterschieden, nämlich Boden für Landwirtschaft, für Forsten, Land für andere Verwendungszwecke und Land ohne bestimmten Verwendungszweck. Wichtigstes Ziel der neuen Verordnung ist es offensichtlich, dafür zu sorgen, daß künftig kein Quadratzentimeter an brauchbarem Land brachliegt.

All diese Maßnahmen sollen dazu dienen, dem bedenklichen Mangel an Nahrungsmitteln und Textilien abzuhelpen.

Trotz der hier genannten Verbesserungen scheinen aber die Bauern, vor allem im südlichen Mekong, immer noch mit dem Verkauf von Reis an staatliche Aufkaufstellen zu zögern. Außerdem sind die Preise für Gemüse, Obst und Fisch durch Verknappungen gegenüber dem Stand von vor zwölf Monaten um durchschnittlich 30% gestiegen, wie die Bangkok Post in einem Bericht aus Hanoi meldet. Aus der Sicht der RMRB (4.7.80) ist dies eine Folge der ständigen Kriege. Schon in dem Buch "Die Kunst des Krieges" von Sun Zi heiße es, daß "ein lange hingezogener Krieg sich auf die nationale Wirtschaft negativ auswirkt". Ob Vietnam wohl das Ernährungsproblem lösen könne, solange seine Truppen in Laos und Kambodscha stünden?

In einem Reisebericht von Doris Goetting aus Vietnam (SZ, 13.6.80) werden solche allgemeinen Mangelindrücke durch Einzelbeobachtungen bestätigt. In Hanoi habe sich ein amtlich geduldeter Schwarzmarkt entwickelt, auf dem neben Zigaretten und Alkoholika Radiogeräte, Fahrräder und Kleidung, ja sogar Jeans, bunte Hemden und Schallplatten mit westlicher Popmusik angeboten werden. Jeder Funktionär, der nach einem Bangkok-Aufenthalt mit der zweimal wöchentlich verkehrenden Antonow-Propellermaschine der Air Vietnam nach Hanoi komme, bringe schwer bepackte Plastiktaschen voller Zigarettenstangen und Whiskyflaschen mit. In der SRV seien offiziell 500 Stück Zigaretten als "Mitbringsel" erlaubt. Interessant ist auch, daß die Landeswährung Dong für Hotelzimmer, Flugtickets und für Souvenirs in den staatlichen Spezialgeschäften für Ausländer nicht akzeptiert wird. Man könne mit Hongkong-Dollar, britischen Pfunden und französischen Francs, vor allem aber mit US-Dollar zahlen. Überall sichtbar seien die freien Märkte. In den staatlichen Verkaufsstellen kostete der Reis pro Kilo 40 Hao, auf dem freien Markt aber 8 Dong, also 20mal soviel. Fleisch kostete dort 20 Dong das Kilo, fast den halben Durchschnittslohn eines vietnamesischen Werktätigen. Frisches Gemüse, Fisch, Eier und Geflügel seien praktisch nur beim Privathändler zu bekommen. Allgemein sei die Tendenz zu bemerken, Reis und andere Lebensmittel lieber gewinnbringend auf den privaten Märkten zu verhöckern, als sie zu

ten sie Tausende von Minen ausgelegt (ebenda). Die Zahlen sind zu exakt, als daß sie glaubhaft sein könnten; doch immerhin wird durch solche Angaben die Richtung der Bemühungen angedeutet.

Im Mittelpunkt der Kämpfe stand im Berichtszeitraum die Sisophon-Front südlich der Route 5 am Phnom Malay (Malay-Berg) (s. Karte 2), einem der Hauptrückzugsgebiete der Khmer Rouge, an dem die Grenzen zu Thailand hin leicht überschreitbar sind. Allein dort sollen nach D.K.-Angaben im Mai 930 und im Juni 990 Vietnamesen gefallen sein (SWB, 28.6. und 17.7.80). Die Vietnamesen sollen inzwischen eine Straße dort hin gebaut haben, um mit Panzern und Artillerie anrücken zu können, wie überhaupt ein Teil der Kämpfe auf dem Rücken der Pioniere lastet, da in immer mehr Gegenden leistungsfähige Straßen und Infrastruktur-Einrichtungen gelegt werden müssen. Obwohl der Phnom Malay nur 300 m hoch ist, konnte er von den Vietnamesen im Berichtszeitraum nicht genommen werden. Die Schwierigkeiten sind offensichtlich deshalb so groß, weil der Berg an einer Seite bereits auf thailändisches Gebiet hinüberläuft. Vietnam habe allein 3.000 Soldaten für die Bewachung des Weges bereitstellen müssen (XNA, 27.7.80). In einem News Bulletin, das von der ständigen Delegation des D.K. bei der UNESCO in Paris herausgegeben wird (Datum: 4.8.80), wird behauptet, Vietnam verliere seit dem Beginn der Regenzeit täglich durchschnittlich 400 bis 500 Mann - dies sei eine Zahl, die "30% über dem Planziel" liege. Die beiden Großangriffe vom 20. und 23. Juli auf den Phnom Malay seien verlustreich abgewehrt worden. Auch habe man mehrere Nachschubzüge überfallen, und zwar östlich der Stadt Pursat.

2. Außenpolitik

Der Khmer Rouge läßt nichts unversucht, um diplomatisch an möglichst vielen Fronten präsent zu sein. Der stellvertretende Ministerpräsident Ieng Sary beispielsweise nahm an den Trauerfeierlichkeiten für den japanischen Ministerpräsidenten Ohira in Tokyo teil und traf dort auch mit Hua Guofeng zusammen (XNA, 10.7.80). Anschließend besuchte er Manila und reiste dann über Singapur wieder "nach Hause" (XNA, 17.7.80). Wie er dies macht, ist nirgends erwähnt; doch führt der einzige Weg über Thailand.

Auch Ieng Thirith, die jüngere Schwester Pol Pots und Ehefrau Ieng Sarys, war diplomatisch an mehreren Orten präsent, so z.B. in Mauretanien (SWB, 10.7.80) und bei der Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen, wo sie in einer Rede die vietnamesische Kambodscha-Politik angriff (XNA, 18.7.80).

Hier wird deutlich, daß trotz der offiziellen Übernahme des Ministerpräsidentenamts durch Khieu Samphan nach wie vor die alte Khmer-Rouge-Garde mit "am Drücker" ist. Vier der Spitzenmitglieder sind zudem miteinander verheiratet oder verschwistert. Die Nr.1 ist ins-

geheim immer noch Pol Pot, gefolgt von Ieng Sary. Die Ehefrau Pol Pots ist die ältere Schwester von Madame Ieng Sary, der eben genannten Ieng Thirith. Sihanouk bezeichnet sie in seinem Buch "Kambodscha, Chronik des Krieges und der Hoffnung" (Frankfurt/Berlin 1979, S.108) als "sehr intellektuell". Sie spricht fließend Französisch und Englisch. Ministerin für Soziales: In Wirklichkeit hat sie die Organisation des kulturellen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen etc. Lebens aller Untertanen der Oligarchie Pol Pot - Ieng Sary - Ponnary (Ehefrau Pol Pots) - Thirith fest in Händen". Pol Pot soll zwar demnächst auch von seinem Posten als Parteiführer zurücktreten, doch hat er nach wie vor das militärische Oberkommando (AFP in SWB, 16.7.80).

Die D.K. betreibt darüber hinaus auch "Volksdiplomatie". Im Juli kamen zwei Gruppen von Auslandskorrespondenten (ein japanisches und ein französisches TV-Team) in D.K.-kontrollierte Gebiete. Sie konnten dort filmen und u.a. auch mit Ministerpräsident Khieu Samphan sprechen (XNA, 20.7.80).

Mehrere Journalisten, u.a. Christl Pilz von der Welt (Die Welt, 13.8.80), hatten Gelegenheit, sich drei Tage lang in einem D.K.-Lager auf kambodschanischem Gebiet nahe der thailändischen Grenze aufzuhalten. Khieu Samphan gab sich optimistisch: Die 60.000 regulären Soldaten und die 50.000 Guerillas seien wieder in der Offensive. Die P.D.F. (Patriotische und Demokratische Front) ziehe eine neue Verwaltung in den Dörfern auf und sei Sammelbecken aller Anti-Vietnam-Kämpfer. Man wolle dem Sozialismus eine Absage erteilen, sich zu einer marktorientierten Wirtschaft hinwenden, freie und geheime Wahlen unter UN-Aufsicht abhalten und strebe die Zusammenarbeit mit allen westlichen Staaten an. Ein zweites Experiment mit dem Sozialismus könne Kambodscha sich nicht mehr leisten. Es wäre tödlich. Kambodscha müsse sich mit den Gegnern der sowjetisch-vietnamesischen Expansion verbünden. Man lehne jetzt auch den Ausdruck "Rote Khmer" ab.

Für die Massaker zwischen 1975 und 1978 unter Pol Pot wußte Khieu Samphan eine neue überraschende Interpretation zu geben. Es seien "Agenten der Vietnamesen" gewesen, die versucht hätten, das Pol-Pot-Regime von innen zu zerschlagen. Pol Pot, Ieng Sary, Son Sen - sie alle waren also an den Greuelthaten ganz und gar unbeteiligt! (vgl. auch FEER, 18.7.80, S.10-12)

3. Rückkehr von Flüchtlingen in das Rahmenwerk der PDF-Front (Näheres C.a., Juni 1980, S.508)

Die Propaganda der "D.K.-Stimme" stellt die Rückkehr der Flüchtlinge aus dem thailändischen Lager Sa Kaeo, die ja zu jenen schweren vietnamesisch-thailändischen Auseinandersetzungen geführt hat, von denen oben die Rede war, wie eine Rückkehr von "Patrioten ins Vaterland" dar (z.B. SWB, 3.7.80). Einige hundert Flüchtlinge

wurden, stellvertretend für andere, in einer feierlichen Willkommenszeremonie empfangen (SWB, 2.7.80).

4. Wirtschaft

Hauptproblem ist immer noch die Ernährung der Bevölkerung. Die Einwohner werden aufgefordert, neben dem Guerillakampf auch noch "im Guerillastil Produktionsarbeit zu leisten". Auch hier wird unterschieden zwischen drei Bereichen, nämlich der "Zone unter Kontrolle unserer D.K.-Regierung", ferner einer (umkämpften) "Guerillazone" und schließlich der "Zone unter der vorübergehenden Kontrolle des vietnamesischen Feindes". Angebaut werden sollten neben Reis vor allem Kassa, Kartoffeln, Mais und Bananen. Der Anbau soll sich nicht auf großen Feldern vollziehen, sondern auf kleinen Parzellen, die nicht im Blickfeld der Vietnamesen lägen (D.K.-Stimme, SWB, 28.6.80).

II. Die VR Kampuchea (VRK)

1. Außenpolitik

Die zwei wichtigsten außenpolitischen Ereignisse des Monats waren die Grenzauseinandersetzungen mit Thailand (dazu oben A) und die diplomatische Anerkennung der Regierung in Phnom Penh durch die Regierungen Indiens und der Seychellen. Die indische Regierung hat sich aus einer Reihe von Gründen zu dem Schritt entschlossen. In der offiziellen Ankündigung des Außenministeriums heißt es, daß Indien seit jeher zu keinem anderen Staat Südostasiens so enge kulturelle Beziehungen besessen habe wie zu Kambodscha: Man sehe doch auf die Tempel von Angkor Wat! Außerdem müsse das Land endlich von Spannungen befreit werden, so daß sich nicht nur Kambodscha, sondern auch die Staaten der Region auf einen ruhigen Entwicklungskurs konzentrieren könnten. Dieser Entwicklungskurs müsse durch Diskussionen und Lösungen zwischen den Staaten der Region - und ohne Hereinziehung außerregionaler Großmächte - bewerkstelligt werden (ISI in SWB, 9.7.80). VNA meint, daß Indien darüber hinaus von zwei weiteren Überlegungen ausgegangen sei, nämlich daß zum einen die Regierung Heng Samrin die überwältigende Zustimmung der Kambodschaner besitze und daß sie außerdem effektiv das ganze Land kontrolliere (SWB, 11.7.80).

Offensichtlich hängt der indische Schritt mit der engen Bindung Indiens an die Sowjetunion zusammen, die ja der Republik Indien substantielle Hilfe leistet und dafür gewisse Gegenleistungen erwarten darf. Wie wenig der indische Schritt ein positives Klima geschaffen hat, zeigen die scharf ablehnenden Reaktionen der ASEAN-Staaten (Radio Bangkok in SWB, 14.7.80) und Chinas, das die Maßnahmen als "töricht" bezeichnete.

Was die Beziehungen Phnom Penhs zur Sowjetunion anbelangt, so kam es am 10. Juli zum Abschluß eines Vertrags, aufgrund dessen die Sowjetunion sich verpflichtet, an Bewässerungsprojekten der

VRK mitzuarbeiten (SPK in SWB, 17.7.80).

Nach einer Behauptung von Xinhua (XNA, 25.7.80) ist der einzige Tiefwasserhafen Kambodschas, Kompong Som, inzwischen zum Anlaufpunkt nicht nur für 80 sowjetische Handelsschiffe geworden, die dort Hilfsgüter, u.a. auch Waffen, entladen, sondern auch für Fregatten der sowjetischen Pazifikflotte.

2. Flüchtlinge

Nach Statistiken des thailändischen Oberkommandos befinden sich auf thailändischem Boden gegenwärtig (Juli 1980) 290.817 indochinesische Flüchtlinge, und zwar 132.490 Laoten, Kambodschaner und Vietnamesen, die seit 1975 als "Flüchtlinge" angekommen sind, ferner 158.327 "illegale Immigranten" aus Kambodscha, die seit der Besetzung Kambodschas im Januar 1979 ankamen. Die "Flüchtlinge" umfassen 115.355 Laoten, 7.632 Kambodschaner und 9.503 Vietnamesen, die auf Lager in zehn Provinzen Thailands verteilt sind. Die "illegalen Immigranten" aus Kambodscha befinden sich in sieben Unterbringungs-lagern, vor allem in Khao I-dang (126.468) und in Sa Kaeo (16.468) (s. Karte 2). 10.973 "Flüchtlinge" seien im Juni 1978 in Drittländern angesiedelt worden, und zwar hauptsächlich in den USA, Kanada und Frankreich (AFP in SWB, 17.7.80).

Die "D.K.-Stimme" behauptet, daß vietnamesische Siedler in Kambodscha wegen der dort herrschenden Unsicherheit wieder in ihre Heimat zurückkehrten, und zwar täglich durchschnittlich 10 bis 50 Personen, wobei sie sich hauptsächlich der Route 4 bedienten (SWB, 3.7.80).

3. Innenpolitik

a) Motivierungskampagne und Kadertraining: Schon seit mehreren Monaten scheint eine Motivierungskampagne zu laufen, die aber offensichtlich ihre Ziele nicht erreicht hat, da mehrere Aufrufe von Fehlern sprechen, die abgestellt werden müßten. Die zwei obersten Ziele der Kampagne, die auf allen Ebenen durchzuführen sind, seien einmal die Intensivierung der Produktion und zum andern die "Konsolidierung der revolutionären Macht", wobei es gelte, alle Feinde ausfindig zu machen. Provinzen, Städte und Distrikte sollten eigene Kader für die Motivierungsarbeit einsetzen. Die Massenmotivierungsarbeit sei die z.Zt. wichtigste Aufgabe der revolutionären Räte auf allen Ebenen (Aufruf des Verteidigungsministers Pen Sovan in Radio Phnom Penh, SWB, 16.7. und 21.7.80).

Parallel dazu laufen Kaderausbildungskurse, so z.B. für Politikommissare in der Armee (Radio Phnom Penh in SWB, 9.7.80) und für Organisationskader (ebenda).

b) Kampf gegen den Analphabetismus:

Am 19. Juni 1980 erfolgte der Startschuß für eine Kampagne gegen den Analphabetismus, deren Zielsetzungen in einem Dreijahresplan (1980-82) festgelegt sind (Radio Phnom Penh, SWB, 28.6.80). Als oberstes Leitungsorgan wurde ein

ZK errichtet, an dessen Spitze Heng Samrin steht (SPK in SWB, 28.6.80). Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß "seit der Befreiung" (gemeint ist damit der Januar 1979) ungefähr 62.000 Erwachsene an Alphabetisierungskursen teilgenommen hätten, und zwar in 1.365 Klassenzimmern mit 1.516 Lehrern. Künftig sollen alle Personen unter 30 Jahren die Schule besuchen und alle Männer unter 45 sowie alle Frauen unter 40 an Alphabetisierungskursen teilnehmen (SPK in SWB, 28.6.80).

C. Laos

1. Außenpolitik

a) Beziehungen zu Vietnam

Am 18. Juli feierten sowohl Vientiane als auch Hanoi den 3. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit sowie des Vertrags über die beiderseitigen Grenzen und anderer Abkommen, die, wie Radio Vientiane betont, zur Festigung der "Sonderbeziehungen" zwischen beiden Staaten außerordentlich beigetragen hätten (SWB, 24.7.80).

Eine Gegenrechnung kommt von der Feindpropaganda: Es existiere nun schon seit geraumer Zeit eine "Laotische nationale Befreiungsfront", die u.a. im Juni 1980 eine Reihe von vietnamesischen Soldaten in der Provinz Champassak ausgeschaltet hätten (XNA, 18.7.80). Die "Stimme des Demokratischen Kampuchea" spricht von der Tötung von "45 vietnamesischen Aggressionssoldaten" (SWB, 22.7.80).

In den letzten Wochen seien ferner 2.200 Laoten über den Mekong nach Nordostthailand geflohen. Der Grund: Hunger (XNA in SWB, 28.7.80).

Flüchtlingslager gibt es auch in Laos, und zwar für Kambodschaner, die vor den Pol-Pot-Truppen geflohen sind. Eine UNHCR-Delegation besuchte diese Lager Mitte Juni (KPL in SWB, 24.6.80).

b) Beziehungen zur Sowjetunion

Das Hauptproblem von Laos, das in zahllose von Bergen umgebene und Flüssen durchschnittene Kammern aufgeteilt ist, ist nach wie vor der Transport. Hier will die Sowjetunion einspringen. Am 30. Juni unterzeichnete sie ein Transporthilfsabkommen (KPL in SWB, 11.7.80).

c) Am meisten Kopfzerbrechen im Berichtszeitraum bereiteten die Beziehungen zu Thailand:

Am 15. Juni waren ein thailändischer Marineoffizier während eines Grenzzwischenfalls auf dem Mekong durch Laoten getötet und zwei thailändische Soldaten schwer verletzt worden. Die thailändischen Behörden hatten daraufhin zwei wichtige Grenzübergänge geschlossen (weitere Einzelheiten in C.a., Juni 1980, S.513). Die laotische Seite ging davon aus, daß sie nicht auf Patrouillenboote, sondern in Wirklichkeit auf die Boote von Räufern und Viehdieben habe schießen wollen und zählt eine Reihe von Überfällen und Viehdiebstählen auf, die sich sowohl

vor als auch nach dem Unfall auf laotischer Seite ereignet hätten (KPL in SWB, 23.7.80).

Es kam zu Grenzgesprächen, und zwar zwischen dem 21. und 24. Juli 1980, die allerdings ohne Ergebnis blieben. Bei der zweiten Runde der Gespräche am 22. Juli gab Laos zwar zu, daß seine Truppen auf Thai-Boote Schüsse abgeben hätten, weigerte sich aber, die Verantwortung dafür zu übernehmen, weil man die Besatzung eben "für Räuber gehalten" habe. Die thailändische Seite machte klar, daß sie die Grenze nicht eher wieder öffnen werde, bevor sich Laos nicht ausdrücklich entschuldigt und für die Zukunft Abhilfe versprochen habe (Radio Bangkok, SWB, 25.7.80).

Laos drohte daraufhin, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, und ließ außerdem weitere Truppen entlang der thailändischen Grenze aufmarschieren (Radio Bangkok in SWB, 28.7.80). Angeblich sollen entlang der rund 1.200 km langen laotisch-thailändischen Grenze auf laotischer Seite etwa 80.000 Soldaten mit rund 200 T 54-Tanks stationiert sein (Radio Bangkok in SWB, 7.7.80). Thailand verhängte in diesem Zusammenhang mehrere Ausgangssperren.

Thailand geht davon aus, daß Vietnam hinter den Zwischenfällen steckt, während die laotische Seite wiederum die "chinesischen Expansionisten" für das thailändische Verhalten verantwortlich macht (XNA, 20.7.80). Die Unterbrechung des Grenzhandels trifft vor allem die Bevölkerung beiderseits des Mekong, da der Transithandel 1979 z.B. immerhin 230 Mio. Baht betragen hatte.

Die beiden Nachbarn beschuldigen sich inzwischen weiterer böser Absichten: Thailand geht davon aus, daß Vietnam 16 Provinzen im thailändischen Nordosten in die sog. "Indochina-Föderation" einschließen wolle (Stellungnahme dazu in Radio Vientiane, SWB, 24.7.80). Laos umgekehrt wirft den "thailändischen Ultrarechten" vor, sie wollten im Zuge ihrer "Pan-Thai-Doktrin" weite Teile von Laos übernehmen (Radio Vientiane in SWB, 22.7.80 und 14.7.80). In dieser Absicht würden sie von den "Peking-Reaktionären" bestärkt. Die jüngsten Grenzüberfälle seien, so gesehen, keineswegs nur Zufallsereignisse.

Doch Laos sei entschlossen, sich mit Klauen und Zähnen zu verteidigen. Typisch ein Kommentar von Radio Vientiane (SWB, 22.7.80): "Unser Volk hat sich aus der Versklavung und Kolonisierung durch die siamesischen Feudalisten, die französischen Kolonialisten, die japanischen Faschisten und die US-Imperialisten, die unser Land nacheinander 197 Jahre lang beherrschten, von selbst befreit." Man werde sich auch in Zukunft zu wehren wissen!

2. Innen- und Wirtschaftspolitik

Vorherrschend im Berichtszeitraum waren Sicherheits- und Monetär-Probleme. Es ergingen mehrere Aufrufe zur Stärkung der öffentlichen Si-

cherheit, ohne daß auf den Hintergrund für diese Maßnahme eingegangen wurde (Radio Vientiane in SWB, 15.7.80).

Bereits am 13. Juni hatte die Nationalbank angekündigt, daß es für alle Organisationen und Firmen verboten sei, größere Bargeldsummen von einer Provinz in die andere zu bringen. Privatleute dürften lediglich eine Summe bis zu 200 Kip mitführen und, auf Sondererlaubnis, eine Höchstsumme von 500 Kip. Ausländische Devisen dürften nur mit Genehmigung der Nationalbank erworben werden (Radio Vientiane in SWB, 24.6.80).